

Bundesgesetzblatt ⁶⁴⁵

Teil II

Z 1998 AX

1980

Ausgegeben zu Bonn am 21. Mai 1980

Nr. 19

Tag	Inhalt	Seite
16. 5. 80	Gesetz zu dem Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika <small>neu: 319-78</small>	646
7. 5. 80	Verordnung zu der deutsch-niederländischen Vereinbarung vom 11. Oktober 1979 über die Festsetzung eines Mindestbetrages für die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit	661
17. 4. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 1975	664
21. 4. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen	664
22. 4. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums	665
23. 4. 80	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Verordnung und der Vereinbarung über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Waldfeucht/Echterbosch	665
2. 5. 80	Bekanntmachung zur Charta der Vereinten Nationen	666
2. 5. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Londoner Abkommens betreffend Reiseausweise an Flüchtlinge	666
2. 5. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954	667
2. 5. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum	667
5. 5. 80	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen	668

Gesetz
zu dem Auslieferungsvertrag vom 20. Juni 1978
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika

Vom 16. Mai 1980

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 20. Juni 1978 unterzeichneten Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Das Grundrecht der Freiheit der Person (Artikel 2 Abs. 2 des Grundgesetzes) wird nach Maßgabe des Artikels 16 Abs. 3 des Vertrags eingeschränkt.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 34 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 16. Mai 1980

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister der Justiz
Dr. Vogel

Der Bundesminister des Auswärtigen
Genscher

**Auslieferungsvertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und den Vereinigten Staaten von Amerika**

**Treaty
between the Federal Republic of Germany
and the United States of America
Concerning Extradition**

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Vereinigten Staaten von Amerika —

The Federal Republic of Germany
and
the United States of America —

in dem Wunsch, die Zusammenarbeit beider Staaten bei der Bekämpfung der Kriminalität wirksamer zu gestalten und insbesondere den Verkehr zwischen den beiden Staaten auf dem Gebiet der Auslieferung neu zu regeln und dadurch zu erleichtern —

desiring to provide for more effective cooperation between the two States in the repression of crime and, specifically, newly to regulate and thereby to facilitate the relations between the two States in the area of extradition —

sind wie folgt übereingekommen:

have agreed as follows:

**Artikel 1
Auslieferungsverpflichtung**

**Article 1
Obligation to Extradite**

(1) Die Vertragsparteien werden einander nach Maßgabe dieses Vertrags Personen ausliefern, die von einer Vertragspartei wegen einer im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates begangenen Straftat verfolgt oder zur Vollstreckung einer gerichtlich erkannten Strafe oder Maßregel der Besserung und Sicherung gesucht und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei angetroffen werden.

(1) The Contracting Parties agree to extradite to each other subject to the provisions described in this Treaty persons found in the territory of one of the Contracting Parties who have been charged with an offense or are wanted by the other Contracting Party for the enforcement of a judicially pronounced penalty or detention order for an offense committed within the territory of the Requesting State.

(2) Ist die Straftat außerhalb des Hoheitsgebiets des ersuchenden Staates begangen worden, so wird der ersuchte Staat die Auslieferung nach diesem Vertrag bewilligen, wenn

(2) When the offense has been committed outside the territory of the Requesting State, the Requested State shall grant extradition subject to the provisions described in this Treaty if either

- a) eine solche unter gleichartigen Umständen begangene Tat nach seinem Recht bestraft werden könnte oder
- b) die Person, um deren Auslieferung ersucht wird, ein Staatsangehöriger des ersuchenden Staates ist.

- a) its laws would provide for the punishment of such an offense committed in similar circumstances, or
- b) the person whose extradition is requested is a national of the Requesting State.

**Artikel 2
Auslieferungsfähige Straftaten**

**Article 2
Extraditable Offenses**

(1) Auslieferungsfähige Straftaten nach diesem Vertrag sind:

(1) Extraditable offenses under this Treaty are:

- a) Straftaten, die in dem Anhang zu diesem Vertrag beschrieben und nach dem Recht beider Vertragsparteien strafbar sind,
- b) Straftaten, ob sie in dem Anhang zu diesem Vertrag beschrieben sind oder nicht, wenn sie nach dem Bundesrecht der Vereinigten Staaten und nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland strafbar sind.

- a) Offenses described in the Appendix to this Treaty which are punishable under the laws of both Contracting Parties;
- b) Offenses, whether listed in the Appendix to this Treaty or not, provided they are punishable under the Federal laws of the United States and the laws of the Federal Republic of Germany.

Dabei ist unerheblich, ob das Recht der Vertragsparteien die Straftat in die gleiche Kategorie von Straftaten einordnet oder die Straftat unter den gleichen Begriff faßt.

In this connection it shall not matter whether or not the laws of the Contracting Parties place the offense within the same category of offenses or denominate an offense by the same terminology.

(2) Ausgeliefert wird wegen einer auslieferungsfähigen Straftat, und zwar

- a) zur Strafverfolgung, wenn die Tat nach dem Recht beider Vertragsparteien mit Freiheitsentziehung im Höchstmaß von mehr als einem Jahr bedroht ist, oder
- b) zur Vollstreckung einer Strafe oder einer Maßregel der Besserung und Sicherung, wenn die Dauer der noch zu verbüßenden Strafe oder Maßregel oder wenn die Summe mehrerer noch zu verbüßender Strafen oder Maßregeln mindestens sechs Monate beträgt.

(3) Ausgeliefert wird unter den Voraussetzungen der Absätze 1 und 2 auch

- a) wegen des Versuchs, der Verabredung zu oder der Teilnahme an einer auslieferungsfähigen Straftat,
- b) wegen einer auslieferungsfähigen Straftat, bei der, nur zur Begründung der Zuständigkeit der Regierung der Vereinigten Staaten, die Beförderung, Überführung von Personen oder Sachen, der Gebrauch der Post oder anderer Nachrichtenmittel oder der Gebrauch anderer Mittel zur Durchführung des innerstaatlichen oder Außenhandels auch ein Tatbestandsmerkmal der betreffenden Straftat darstellt.

(4) Wird eine Auslieferung wegen einer auslieferungsfähigen Straftat bewilligt, so wird sie zusätzlich wegen einer anderen auslieferungsfähigen Straftat bewilligt, die sonst für sich allein nach Absatz 2 nicht auslieferungsfähig wäre.

Artikel 3

Räumlicher Geltungsbereich

(1) Im Sinne dieses Vertrags bedeutet eine Bezugnahme auf das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eine Bezugnahme auf das gesamte ihrer Gerichtsbarkeit unterliegende Hoheitsgebiet.

(2) Im Sinne dieses Vertrags schließt eine Bezugnahme auf das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ferner ihre Hoheitsgewässer, ihren Luftraum sowie die von einer zuständigen Behörde dieser Vertragspartei eingetragenen Wasser- und Luftfahrzeuge ein, sofern sich solche Wasserfahrzeuge auf hoher See oder solche Luftfahrzeuge im Flug befinden, während die Straftat begangen wird. Im Sinne dieses Vertrags gilt ein Luftfahrzeug von dem Augenblick an als im Flug befindlich, in dem alle Außentüren nach dem Einsteigen geschlossen worden sind, bis zu dem Augenblick, in dem eine dieser Türen zum Aussteigen geöffnet wird.

Artikel 4

Politische Straftaten

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die Straftat, derentwegen sie begehrt wird, vom ersuchten Staat als eine politische Straftat, als eine Straftat mit politischem Charakter oder als eine mit einer solchen zusammenhängende Straftat angesehen wird.

(2) Die Auslieferung wird auch nicht bewilligt, wenn der ersuchte Staat ernstliche Gründe hat anzunehmen, daß das Auslieferungersuchen tatsächlich gestellt worden ist, um den Verfolgten wegen einer in Absatz 1 genannten Straftat zu verfolgen oder zu bestrafen.

(3) Im Rahmen dieses Vertrags werden folgende Straftaten nicht als solche im Sinne des Absatzes 1 angesehen:

- a) ein Mord oder ein anderes nach dem Recht beider Vertragsparteien mit Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedrohtes vorsätzliches Verbrechen gegen das Leben oder die körperliche Unversehrtheit eines

(2) Extradition shall be granted in respect of an extraditable offense:

- a) For prosecution, if the offense is punishable under the laws of both Contracting Parties by deprivation of liberty for a maximum period exceeding one year, or
- b) For the enforcement of a penalty or a detention order, if the duration of the penalty or detention order still to be served, or when, in the aggregate, several such penalties or detention orders still to be served, amount to at least six months.

(3) Subject to the conditions set out in paragraphs (1) and (2), extradition shall also be granted:

- a) For attempts to commit, conspiracy to commit, or participation in, an extraditable offense;
- b) For any extraditable offense when, only for the purpose of granting jurisdiction to the United States Government, transportation, transmission of persons or property, the use of the mails or other means of communication or use of other means of carrying out interstate or foreign commerce is also an element of the specific offense.

(4) When extradition has been granted in respect of an extraditable offense, it shall also be granted in respect of any other extraditable offense which would otherwise not be extraditable only by reason of the operation of paragraph (2).

Article 3

Territorial Application

(1) A reference in this Treaty to the territory of a Contracting Party is a reference to all territory under its jurisdiction.

(2) A reference in this Treaty to the territory of a Contracting Party shall furthermore include its territorial waters and airspace and vessels and aircraft registered with the competent authority of this Contracting Party if any such vessel is on the high seas or if any such aircraft is in flight when the offense is committed. For the purpose of this Treaty an aircraft shall be considered to be in flight at any time from the moment when all its external doors are closed following embarkation until the moment when any such door is opened for disembarkation.

Article 4

Political Offenses

(1) Extradition shall not be granted if the offense in respect of which it is requested is regarded by the Requested State as a political offense, an offense of a political character or as an offense connected with such an offense.

(2) Extradition also shall not be granted if the Requested State has substantial grounds for believing that the request for extradition has, in fact, been made with a view to try or punish the person sought for an offense mentioned in paragraph (1).

(3) For the purpose of this Treaty the following offenses shall not be deemed to be offenses within the meaning of paragraph (1):

- a) A murder or other willful crime, punishable under the laws of both Contracting Parties by a penalty of at least one year, against the life or physical integrity of a Head of State or Head of Government of one of the

Staatsoberhaupt oder eines Regierungschefs einer der Vertragsparteien oder eines Mitglieds seiner Familie — einschließlich des Versuchs, eine solche Straftat zu begehen —, es sei denn, daß die Tat im offenen Kampf begangen wird,

- b) eine Straftat, zu deren Verfolgung die Vertragsparteien oder der ersuchende Staat auf Grund einer mehrseitigen internationalen Übereinkunft verpflichtet sind.

Artikel 5
Militärische Straftaten

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, ausschließlich eine militärische Straftat darstellt.

Artikel 6
Fiskalische Straftaten

Entscheidet die zuständige Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates, daß eine Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht worden ist, eine Straftat darstellt, wie sie in Nr. 27 des Anhangs zu diesem Vertrag beschrieben ist, und daß der Auslieferung wegen einer solchen Tat die öffentliche Ordnung (*ordre public*) oder andere wesentliche Interessen dieses Staates entgegenstehen, so kann die Auslieferung selbst dann verweigert werden, wenn die Straftat auch unter eine der anderen Kategorien auslieferungsfähiger Straftaten nach diesem Vertrag fällt.

Artikel 7
Auslieferung eigener Staatsangehöriger

(1) Die Vertragsparteien sind nicht verpflichtet, ihre eigenen Staatsangehörigen auszuliefern. Die zuständige Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates ist gleichwohl berechtigt, die Auslieferung eigener Staatsangehöriger zu bewilligen, wenn dies nach ihrem Ermessen angebracht erscheint und das Recht des ersuchten Staates dem nicht entgegensteht.

(2) Der ersuchte Staat ergreift alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen, um ein den Verfolgten betreffendes Einbürgerungsverfahren bis zur Entscheidung über das Auslieferungsgesuchen und, falls dem Ersuchen stattgegeben wird, bis zur Übergabe des Verfolgten auszusetzen.

(3) Liefert der ersuchte Staat einen eigenen Staatsangehörigen nicht aus, so unterbreitet er auf Begehren des ersuchenden Staates die Angelegenheit seinen zuständigen Behörden, damit gegebenenfalls eine Strafverfolgung durchgeführt werden kann. Fordert der ersuchte Staat ergänzende Unterlagen oder Beweismittel an, so sind ihm diese kostenlos zu übermitteln. Der ersuchende Staat wird über das Ergebnis seines Begehrens unterrichtet.

Artikel 8
Ne bis in idem

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn der Verfolgte wegen der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates bereits rechtskräftig freigesprochen oder verurteilt worden ist.

Artikel 9
Verjährung

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn im Zeitpunkt des Eingangs des Ersuchens beim ersuchten Staat die Strafverfolgung oder die Vollstreckung der Strafe oder der Maßregel der Besserung und Sicherung nach dem Recht des ersuchenden Staates verjährt ist.

Contracting Parties or of a member of his family, including attempts to commit such an offense, except in open combat;

- b) An offense which the Contracting Parties or the Requesting State have the obligation to prosecute by reason of a multi-lateral international agreement.

Article 5
Military Offenses

Extradition shall not be granted if the offense in respect of which it is requested is purely a military offense.

Article 6
Fiscal Offenses

If the competent executive authority of the Requested State determines that an offense for which extradition has been requested represents an offense as described in Item No. 27 of the Appendix to this Treaty and that extradition for such an offense would be contrary to the public policy or other essential interests of that State, extradition may be refused even though the offense also falls into one of the other categories of extraditable offenses under this Treaty.

Article 7
Extradition of Nationals

(1) Neither of the Contracting Parties shall be bound to extradite its own nationals. The competent executive authority of the Requested State, however, shall have the power to grant the extradition of its own nationals if, in its discretion, this is deemed proper to do and provided the law of the Requested State does not so preclude.

(2) The Requested State shall undertake all available legal measures to suspend naturalization proceedings in respect of the person sought until a decision on the request for his extradition and, if that request is granted, until his surrender.

(3) If the Requested State does not extradite its own national, it shall, at the request of the Requesting State, submit the case to its competent authorities in order that proceedings may be taken if they are considered appropriate. If the Requested State requires additional documents or evidence, such documents or evidence shall be submitted without charge to that State. The Requesting State shall be informed of the result of its request.

Article 8
Prior Jeopardy for Same Offense

Extradition shall not be granted when the person whose extradition is requested has been tried and discharged or punished with final and binding effect by the competent authorities of the Requested State for the offense for which his extradition is requested.

Article 9
Lapse of Time

Extradition shall not be granted if at the time the Requested State receives the request for extradition the prosecution, or the enforcement of the penalty or of the detention order, has become barred by lapse of time under the law of the Requesting State.

Artikel 10**Gerichtsbarkeit des ersuchten Staates**

(1) Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn der Verfolgte im ersuchten Staat wegen derselben Straftat verfolgt wird, derentwegen um Auslieferung ersucht wird.

(2) Der Umstand, daß die zuständigen Behörden des ersuchten Staates entschieden haben, wegen der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, kein Strafverfahren gegen den Verfolgten einzuleiten oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren einzustellen, steht der Auslieferung nicht entgegen.

Artikel 11**Strafantrag und Ermächtigung**

Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen eines Strafantrags oder einer Ermächtigung, die nach dem Recht des ersuchten Staates erforderlich sind, nicht berührt.

Artikel 12**Todesstrafe**

Ist die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht und ist diese für eine solche Tat nach dem Recht des ersuchten Staates nicht zulässig, so kann die Auslieferung abgelehnt werden, sofern nicht der ersuchende Staat eine vom ersuchten Staat als ausreichend erachtete Zusicherung gibt, daß die Todesstrafe nicht verhängt oder, falls sie verhängt wird, nicht vollstreckt werden wird.

Artikel 13**Ausnahmegerichte**

(1) Ein Ausgelieferter darf im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates nicht von einem Ausnahmegericht abgeurteilt werden.

(2) Die Auslieferung zur Vollstreckung einer Strafe oder einer Maßregel der Besserung und Sicherung, die durch ein Ausnahmegericht verhängt oder angeordnet worden ist, wird nicht bewilligt.

Artikel 14**Geschäftsweg; Auslieferungsunterlagen**

(1) Das Ersuchen um Auslieferung, alle nachfolgenden Schriftstücke und der gesamte weitere Schriftverkehr werden auf dem diplomatischen Weg übermittelt, sofern in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist.

(2) Dem Ersuchen sind beizufügen

- a) alle verfügbaren Angaben über die Identität und die Staatsangehörigkeit des Verfolgten;
- b) der Wortlaut aller anwendbaren Gesetzesbestimmungen des ersuchenden Staates betreffend den Straftatbestand, die Strafandrohung und die Verjährung der Strafverfolgung oder der Strafvollstreckung;
- c) gegebenenfalls eine Bestätigung einer zuständigen Behörde, durch welche Maßnahmen die Verjährung nach dem Recht des ersuchenden Staates unterbrochen worden ist.

(3) Einem Ersuchen um Auslieferung eines Verfolgten zur Strafverfolgung sind außer den in Absatz 2 genannten Unterlagen beizufügen

- a) ein von einem Richter des ersuchenden Staates ausgestellter Haftbefehl sowie Beweismittel, die nach dem

Article 10**Jurisdiction of the Requested State**

(1) Extradition may be refused if the person sought is proceeded against in the Requested State for the offense for which extradition is requested.

(2) The fact that the competent authorities of the Requested State have decided not to prosecute the person sought for the offense for which extradition is requested or decided to discontinue any criminal proceedings which have been initiated shall not preclude extradition.

Article 11**Complaint and Authorization**

The obligation to extradite shall not be affected by the absence of any complaint or any authorization as a result of an offense if such complaint or such authorization is required under the law of the Requested State.

Article 12**Capital Punishment**

When the offense for which extradition is requested is punishable by death under the laws of the Requesting State and the laws of the Requested State do not permit such punishment for that offense, extradition may be refused unless the Requesting State furnishes such assurances as the Requested State considers sufficient that the death penalty shall not be imposed, or, if imposed, shall not be executed.

Article 13**Extraordinary Courts**

(1) An extradited person shall not be tried by an extraordinary court in the territory of the Requesting State.

(2) Extradition shall not be granted for the enforcement of a penalty imposed, or detention ordered, by an extraordinary court.

Article 14**Channel of Communication; Extradition Documents**

(1) The request for extradition, any subsequent documents and all other communications shall be transmitted through the diplomatic channel unless otherwise provided by this treaty.

(2) The request shall be accompanied by:

- a) All available information concerning the identity and nationality of the person sought;
- b) The text of all applicable provisions of law of the Requesting State concerning the definition of the offense, its punishment and the limitation of legal proceedings or the enforcement of penalties; and
- c) A statement by a competent authority describing the measures taken, if any, that have interrupted the period of limitation under the law of the Requesting State.

(3) A request for the extradition of a person sought for the purpose of prosecution shall be accompanied, in addition to the documents provided for in paragraph (2), by:

- a) A warrant of arrest issued by a judge of the Requesting State and such evidence as, according to the law

Recht des ersuchten Staates eine Verhaftung des Verfolgten und die Anordnung der Hauptverhandlung gegen ihn rechtfertigen würden, wenn die Tat dort begangen worden wäre, und aus denen sich ergibt, daß der Verfolgte die im Haftbefehl bezeichnete Person ist;

- b) eine zusammenfassende Darstellung des Sachverhalts, sofern dieser nicht bereits aus dem Haftbefehl hervorgeht.

(4) Einem Ersuchen um Auslieferung eines Verfolgten auf Grund eines verurteilenden Erkenntnisses zur Festsetzung oder Vollstreckung einer Strafe oder einer Maßregel der Besserung und Sicherung sind außer den in Absatz 2 genannten Unterlagen beizufügen,

- a) falls das im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates ergangene verurteilende Erkenntnis nur den Schuldspruch enthält, dieses Erkenntnis, eine Bestätigung, daß das Erkenntnis rechtskräftig ist, und ein von einer zuständigen Behörde des ersuchenden Staates ausgestellter Haftbefehl;
- b) falls das im Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates ergangene verurteilende Erkenntnis den Schuldspruch und den Strafausspruch enthält, eine Ausfertigung dieses Erkenntnisses sowie eine Bestätigung, daß das Erkenntnis rechtskräftig und vollstreckbar ist, und eine Mitteilung, welcher Teil der Strafe noch nicht verbüßt ist.

(5) Die Niederschrift einer uneidlichen Zeugenaussage oder andere nicht unter Eid beigebrachte Beweismittel werden zu Beweis Zwecken wie eine beeidigte Zeugenaussage oder durch Eid bekräftigte Beweismittel zugelassen, wenn bestätigt wird, daß die Person, die die Aussage gemacht oder Beweismittel beigebracht hat, von einer zuständigen Behörde belehrt wurde, daß sie sich im Fall falscher, irreführender oder unvollständiger Angaben strafbar mache.

Artikel 15 **Ergänzende Unterlagen**

(1) Ist der ersuchte Staat der Auffassung, daß die zur Begründung des Ersuchens um Auslieferung eines Verfolgten übermittelten Beweismittel nach diesem Vertrag nicht ausreichen, so ersucht er um die notwendige Ergänzung der Unterlagen; er kann für deren Beibringung eine Frist setzen und diese auf begründeten Antrag des ersuchenden Staates angemessen verlängern.

(2) Ist der Verfolgte in Haft und reichen die vorgenannten zusätzlichen Beweismittel oder Angaben nicht aus oder gehen sie nicht innerhalb der vom ersuchten Staat gesetzten Frist ein, so ist der Verfolgte freizulassen. Jedoch schließt eine solche Freilassung ein späteres Ersuchen wegen derselben Straftat nicht aus. Dabei genügt es, wenn in dem späteren Ersuchen auf bereits übersandte Auslieferungsunterlagen Bezug genommen wird, vorausgesetzt, daß diese Unterlagen für das Auslieferungsverfahren auf Grund dieses weiteren Ersuchens zur Verfügung stehen.

Artikel 16 **Vorläufige Auslieferungshaft**

(1) In dringenden Fällen kann jede Vertragspartei um die vorläufige Inhaftnahme des Verfolgten ersuchen, bis das Auslieferungsersuchen dem ersuchten Staat auf dem diplomatischen Weg übermittelt worden ist. Das Ersuchen um vorläufige Inhaftnahme kann entweder auf dem diplomatischen Weg oder unmittelbar zwischen dem Bun-

of the Requested State, would justify his arrest and committal for trial if the offense had been committed there, including evidence proving that the person requested is the person to whom the warrant of arrest refers; and

- b) A summary statement of the facts of the case unless they appear from the warrant of arrest.

(4) A request for the extradition of a person sought by reason of a judgment of guilt for the imposition or enforcement of a penalty or detention order shall be accompanied, in addition to the documents provided for in paragraph (2), by:

- a) If the judgment handed down in the territory of the Requesting State contains only a determination of guilt, this judgment, confirmation that the judgment has final and binding effect and a warrant of arrest issued by a competent authority of the Requesting State;
- b) If the judgment handed down in the territory of the Requesting State contains the determination of guilt and the sentence imposed, a copy of this judgment of conviction as well as the confirmation that this judgment has final and binding effect and is enforceable and a statement of the portion of the sentence that has not been served.

(5) A witness' statement taken down in writing or other evidence, not under oath, shall be admitted in evidence as a statement made or evidence given under oath if it is certified that the person making the statement or giving the evidence was warned by a competent authority that any false, misleading or incomplete declaration would render him liable to punishment.

Article 15 **Additional Evidence**

(1) If the Requested State considers that the evidence furnished in support of the request for the extradition of a person sought is not sufficient to fulfill the requirements of this Treaty, that State shall request the submission of necessary additional evidence; it may fix a time limit for the submission of such evidence and, upon the Requesting State's application, for which reasons shall be given, may grant a reasonable extension of the time limit.

(2) If the person sought is under arrest and the additional evidence or information submitted as aforesaid is not sufficient, or if such evidence or information is not received within the period specified by the Requested State, he shall be discharged from custody. However, such discharge shall not bar a subsequent request in respect of the same offense. In this connection it shall be sufficient if reference is made in the subsequent request to the supporting documents already submitted provided these documents will be available at the extradition proceedings on this subsequent request.

Article 16 **Provisional Arrest**

(1) In case of urgency either Contracting Party may apply for the provisional arrest of the person sought before the request for extradition has been submitted to the Requested State through the diplomatic channel. The request for provisional arrest may be made either through the diplomatic channel or directly between the

desminister der Justiz der Bundesrepublik Deutschland und dem Ministerium der Justiz der Vereinigten Staaten gestellt werden.

(2) In dem Ersuchen um vorläufige Inhaftnahme ist anzuführen, daß ein Haftbefehl gemäß Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe a oder ein Erkenntnis gemäß Artikel 14 Absatz 4 Buchstabe a oder b vorhanden ist und die Absicht besteht, ein Auslieferungsersuchen zu stellen. Ferner sind die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht werden wird, sowie Zeit und Ort ihrer Begehung anzugeben und alle verfügbaren Angaben über die Beschreibung und die Staatsangehörigkeit des Verfolgten zu machen. Außerdem muß das Ersuchen gegebenenfalls weitere Angaben enthalten, die notwendig wären, um die Ausstellung eines Haftbefehls im ersuchten Staat zu rechtfertigen, falls die Straftat in diesem Staat begangen oder der Verfolgte dort verurteilt worden wäre.

(3) Nach Eingang eines Ersuchens um vorläufige Inhaftnahme trifft der ersuchte Staat die erforderlichen Maßnahmen, um die Inhaftnahme des Verfolgten zu gewährleisten.

(4) Die vorläufige Haft wird aufgehoben, wenn der ersuchte Staat das Auslieferungsersuchen und die in Artikel 14 genannten Unterlagen nicht innerhalb von 40 Tagen nach der Ergreifung des Verfolgten erhalten hat. Diese Frist kann auf Ersuchen des ersuchenden Staates um bis zu 20 weitere Tage vom Zeitpunkt der Ergreifung des Verfolgten an verlängert werden.

(5) Die Aufhebung der vorläufigen Haft nach Absatz 4 steht der Auslieferung des Verfolgten nicht entgegen, wenn das Auslieferungsersuchen und die in Artikel 14 genannten Unterlagen, soweit sie nicht rechtzeitig übermittelt worden sind, später eingehen. Auf das Auslieferungsersuchen und Unterlagen, die dem ersuchten Staat bereits zugeleitet worden waren, kann Bezug genommen werden.

Artikel 17

Auslieferungsersuchen mehrerer Staaten

(1) Eine Vertragspartei, die zugleich Ersuchen der anderen Vertragspartei und eines dritten Staates um Auslieferung derselben Person wegen derselben oder wegen verschiedener Straftaten erhält, entscheidet unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der Möglichkeit einer späteren Weiterlieferung an einen anderen ersuchenden Staat, der verhältnismäßigen Schwere der Straftaten, der Tatorte, der Staatsangehörigkeit des Verfolgten sowie von Bestimmungen in Auslieferungsübereinkünften zwischen dem ersuchten Staat und den ersuchenden Staaten.

(2) Trifft der ersuchte Staat gleichzeitig eine Entscheidung über die Auslieferung an einen der ersuchenden Staaten und über die Weiterlieferung an einen anderen ersuchenden Staat, so teilt er die Entscheidung über die Weiterlieferung jedem der ersuchenden Staaten mit.

Artikel 18

Vereinfachte Auslieferung

Erscheint die Auslieferung eines Verfolgten an den ersuchenden Staat nach dem Recht des ersuchten Staates nicht offensichtlich unzulässig und stimmt der Verfolgte seiner Auslieferung nach persönlicher Belehrung über sein Recht auf Durchführung eines förmlichen Auslieferungsverfahrens und den ihm dadurch zustehenden Schutz, den er verlieren würde, zu Protokoll eines Richters oder zuständigen Beamten unwiderruflich zu, so

United States Department of Justice and the Minister of Justice of the Federal Republic of Germany.

(2) The application for provisional arrest shall state that a warrant of arrest as mentioned in paragraph (3) a) of Article 14, or a judgment as mentioned in paragraph (4) a) or b) of Article 14, exists and that it is intended to make a request for extradition. It shall also state the offense for which extradition will be requested and when and where such offense was committed and shall give all available information concerning the description of the person sought and his nationality. The application shall also contain such further information, if any, as would be necessary to justify the issuance of a warrant of arrest in the Requested State had the offense been committed, or the person sought been convicted, in that State.

(3) On receipt of an application for provisional arrest the Requested State shall take the necessary steps to secure the arrest of the person sought.

(4) Provisional arrest shall be terminated if, within a period of 40 days after the apprehension of the person sought, the Requested State has not received the request for extradition and the documents mentioned in Article 14. This period may be extended, upon the Requesting State's application, for up to an additional 20 days after the apprehension of the person sought.

(5) The termination of provisional arrest pursuant to paragraph (4) shall not prejudice the extradition of the person sought if the extradition request and the supporting documents mentioned in Article 14, insofar as they were not submitted in a timely manner, are later delivered. In this connection, reference may be made to the extradition request and the supporting documents which have already been transmitted to the Requested State.

Article 17

Requests for Extradition Made by Several States

(1) A Contracting Party which has received concurrent requests for the extradition of the same person either for the same offense, or for different offenses, from the other Contracting Party and from a third State shall make its decision having regard to all the circumstances and especially the possibility of a subsequent re-extradition to another Requesting State, the relative seriousness and place of commission of the offenses, the nationality of the person sought and the provisions of any extradition agreements between the Requested State and the Requesting States.

(2) If the Requested State reaches a decision at the same time upon extradition to one of the Requesting States and on re-extradition to another Requesting State, it shall communicate that decision on re-extradition to each of the Requesting States.

Article 18

Simplified Extradition

If the extradition of a person sought to the Requesting State is not obviously precluded by the laws of the Requested State and provided the person sought irrevocably agrees in writing to his extradition after personally being advised by a judge or competent magistrate of his rights to formal extradition proceedings and the protection afforded by them that he would lose, the Requested State may grant his extradition without a formal extradi-

kann der ersuchte Staat die Auslieferung bewilligen, ohne ein förmliches Auslieferungsverfahren durchzuführen. In diesem Fall findet Artikel 22 Absatz 1 keine Anwendung.

Artikel 19
Entscheidung

(1) Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat alsbald von seiner Entscheidung über das Auslieferungsersuchen.

(2) Jede vollständige oder teilweise Ablehnung des Auslieferungsersuchens ist vom ersuchten Staat zu begründen.

Artikel 20
Aufgeschobene Entscheidung und Übergabe

Wird ein Verfolgter im ersuchten Staat wegen einer anderen Straftat als der, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, verfolgt oder verbüßt er deswegen dort eine Strafe oder eine Maßregel der Besserung und Sicherung, so kann der ersuchte Staat, nachdem ein zuständiges Gericht über das Ersuchen entschieden hat, die Entscheidung über die Übergabe des Verfolgten bis zum Abschluß des Verfahrens und der vollen Verbüßung der Strafe aufschieben, die gegen ihn verhängt wird oder verhängt worden ist. In diesem Fall unterrichtet der ersuchte Staat den ersuchenden Staat.

Artikel 21
Übergabe des Verfolgten

(1) Wird die Auslieferung bewilligt, so muß die Übergabe des Verfolgten innerhalb einer gegebenenfalls im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Zeit erfolgen. Sieht das Recht des ersuchten Staates keine Frist für die Übergabe vor, so hat diese innerhalb von 30 Tagen von dem Zeitpunkt an zu erfolgen, zu dem dem ersuchenden Staat mitgeteilt worden ist, daß die Auslieferung bewilligt wurde. Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien vereinbaren Zeit und Ort der Übergabe des Verfolgten.

(2) Wird der Verfolgte nicht innerhalb der in Absatz 1 bestimmten Zeit aus dem Hoheitsgebiet des ersuchten Staates weggeschafft, so kann er freigelassen werden. Der ersuchte Staat kann dann die Auslieferung des Verfolgten wegen derselben Straftat verweigern.

(3) Ist einer Vertragspartei die Übergabe oder Übernahme des Verfolgten wegen außergewöhnlicher Umstände nicht rechtzeitig möglich, so unterrichtet sie die andere Vertragspartei vor Fristablauf hiervon. In einem solchen Fall können die zuständigen Behörden der Vertragsparteien einen neuen Zeitpunkt für die Übergabe vereinbaren.

Artikel 22
Grundsatz der Spezialität

(1) Ein auf Grund dieses Vertrags Ausgelieferter darf wegen einer anderen vor der Übergabe begangenen Straftat als derjenigen, derentwegen er ausgeliefert worden ist, nicht verfolgt, abgeurteilt, zur Vollstreckung einer Strafe oder einer Maßregel der Besserung und Sicherung in Haft gehalten oder einer sonstigen Beschränkung seiner persönlichen Freiheit unterworfen werden, außer in folgenden Fällen:

a) Wenn der Staat, der ihn ausgeliefert hat, zustimmt. Ein Ersuchen um Zustimmung ist unter Beifügung der in Artikel 14 erwähnten Unterlagen und eines von einem Richter oder einem zuständigen Beamten gefertigten Protokolls über die Erklärung des Ausgelieferten zu dem Ersuchen zu stellen. Ist der Erlaß eines

tion proceeding having taken place. In this case Article 22 (1) shall not be applicable.

Article 19
Decision

(1) The Requested State shall promptly communicate to the Requesting State the decision on the request for extradition.

(2) The Requested State shall give the reasons for any complete or partial rejection of the request for extradition.

Article 20
Delayed Decision and Surrender

The Requested State may, after a decision on the request has been rendered by a competent court, defer the surrender of the person whose extradition is requested, when that person is being proceeded against or is serving a sentence in the territory of the Requested State for a different offense, until the conclusion of the proceedings and the full execution of any punishment he may be or may have been awarded. In this case the Requested State shall advise the Requesting State.

Article 21
Surrender of the Person Sought

(1) If the extradition has been granted, surrender of the person sought shall take place within such time as may be prescribed by the laws of the Requested State. If no time period for surrender is prescribed by the laws of the Requested State, surrender shall take place within 30 days from the date on which the Requesting State has been notified that the extradition has been granted. The competent authorities of the Contracting Parties shall agree on the time and place of the surrender of the person sought.

(2) If the person sought is not removed from the territory of the Requested State within the time required under paragraph (1), he may be set at liberty. The Requested State may subsequently refuse to extradite the person sought for the same offense.

(3) If circumstances beyond its control prevent a Contracting Party from timely surrendering or taking delivery of the person to be extradited, it shall notify the other Contracting Party before the expiration of the time limit. In such a case the competent authorities of the Contracting Parties may agree upon a new date for the surrender.

Article 22
Rule of Speciality

(1) A person who has been extradited under this Treaty shall not be proceeded against, sentenced or detained with a view to carrying out a sentence or detention order for any offense committed prior to his surrender other than that for which he was extradited, nor shall he be for any other reason restricted in his personal freedom, except in the following cases:

a) When the State which extradited him consents thereto. A request for consent shall be submitted, accompanied by the documents mentioned in Article 14 and a record established by a judge or competent officer of the statement made by the extradited person in respect of the request for consent. If under the law of

Haftbefehls wegen der Straftat, die dem Ersuchen zugrunde liegt, nach dem Recht des ersuchenden Staates nicht möglich, so kann dem Ersuchen statt dessen eine von einem Richter oder zuständigen Beamten ausgestellte Bestätigung beigelegt werden, aus der sich ergibt, daß der Verfolgte dringend verdächtig ist, die Straftat begangen zu haben.

- b) Wenn der Ausgelieferte, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte, das Hoheitsgebiet des Staates, an den er ausgeliefert worden ist, innerhalb von 45 Tagen nach seiner endgültigen Freilassung nicht verlassen hat oder wenn er nach Verlassen dieses Gebiets dorthin zurückgekehrt ist. Eine bedingte Freilassung ohne eine die Bewegungsfreiheit des Ausgelieferten beeinträchtigende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

(2) Der Staat, an den der Verfolgte ausgeliefert worden ist, kann jedoch alle nach seinem Recht erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen treffen, um ein Abwesenheitsverfahren durchzuführen, um die Verjährung zu unterbrechen oder um eine Bestätigung nach Absatz 1 Buchstabe a herbeizuführen.

(3) Wird die Straftat, derentwegen der Verfolgte ausgeliefert worden ist, während des Verfahrens rechtlich anders gewürdigt, so darf er insoweit verfolgt oder verurteilt werden, als die Straftat nach ihrer neuen rechtlichen Würdigung

- a) auf demselben Sachverhalt beruht, der in dem Auslieferungersuchen und den dazugehörigen Unterlagen dargestellt ist, und
- b) mit gleich hoher oder geringerer Höchstfreiheitsstrafe wie die Tat bedroht ist, derentwegen er ausgeliefert worden ist.

Artikel 23

Weiterlieferung an einen dritten Staat

(1) Außer im Fall des Artikels 22 Absatz 1 Buchstabe b) darf der ersuchende Staat den ihm Ausgelieferten, der von einem dritten Staat wegen einer vor der Übergabe begangenen Straftat gesucht wird, nur mit Zustimmung des ersuchten Staates an den dritten Staat weiterliefern.

(2) Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an einen dritten Staat sind die Unterlagen beizufügen, die dem Auslieferungersuchen des dritten Staates zugrunde liegen, wenn der ersuchte Staat diese Unterlagen für seine Entscheidung benötigt. Diese müssen den in Artikel 14 erwähnten Unterlagen entsprechen.

Artikel 24

Unterrichtung über den Ausgang des Strafverfahrens

Der ersuchende Staat unterrichtet den ersuchten Staat auf dessen Verlangen über den Ausgang des Strafverfahrens gegen den Ausgelieferten und übersendet ihm eine Abschrift der rechtskräftigen Entscheidung.

Artikel 25

Herausgabe von Gegenständen

(1) Alle Gegenstände, die als Beweismittel dienen können oder aus einer Straftat herrühren oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind und die zum Zeitpunkt der Festnahme im Besitz des Verfolgten gefunden werden oder später entdeckt werden, werden in dem nach dem Recht des ersuchten Staates zulässigen Umfang und vorbehaltlich von Rechten dieses Staates oder Dritter, die ordnungsgemäß zu berücksichtigen sind, überge-

the Requesting State the issuance of a warrant of arrest for the offense for which extradition is sought is not possible, the request may instead be accompanied by a statement issued by a judge or competent officer establishing that the person sought is strongly suspected of having committed the offense.

- b) When such person, having had the opportunity to leave the territory of the State to which he has been surrendered, has not done so within 45 days of his final discharge or has returned to that territory after leaving it. A discharge under parole or probation without an order restricting the freedom of movement of the extradited person shall be deemed equivalent to a final discharge.

(2) The State to which the person has been extradited may, however, take any legal measures necessary under its law, in order to proceed in absentia, to interrupt any lapse of time or to record a statement under paragraph (1) a).

(3) If the offense for which the person sought was extradited is legally altered in the course of proceedings, he shall be prosecuted or sentenced provided the offense under its new legal description is:

- a) Based on the same set of facts contained in the extradition request and its supporting documents; and
- b) Punishable by the same maximum penalty as, or a lesser maximum penalty than, the offense for which he was extradited.

Article 23

Re-extradition to a Third State

(1) Except as provided for in Article 22 (1) b), the Requesting State shall not, without the consent of the Requested State, re-extradite to a third State a person extradited to the Requesting State and sought by the said third State in respect of an offense committed prior to his surrender.

(2) A request for consent to re-extradition to a third State shall be accompanied by the documents supporting the request for extradition made by the third State, if the Requested State needs these documents for its decision. These documents shall conform to the documents mentioned in Article 14 of this Treaty.

Article 24

Information on the Result of the Criminal Proceedings

The Requesting State shall upon demand inform the Requested State of the result of the criminal proceedings against the extradited person and send a copy of the final and binding decision to that State.

Article 25

Surrender of Property

(1) To the extent permitted under the laws of the Requested State and subject to the rights of that State or of third parties, which shall be duly respected, all articles which may serve as evidence, or which have been acquired as a result of an offense, or have been obtained as consideration for such articles, and which at the time of the arrest are found in the possession of the person sought or are discovered subsequently, shall be surren-

ben, wenn die Auslieferung des Verfolgten bewilligt wird. Die Herausgabe solcher Gegenstände erfolgt auch ohne besonderes Ersuchen und, wenn möglich, gleichzeitig mit der Übergabe des Verfolgten.

(2) Unter den in Absatz 1 genannten Voraussetzungen werden die dort erwähnten Gegenstände auch dann herausgegeben, wenn der Verfolgte nicht übergeben werden kann, weil er verstorben oder geflüchtet ist.

(3) Der ersuchte Staat kann die Herausgabe von Gegenständen von einer befriedigenden Zusicherung des ersuchenden Staates abhängig machen, daß die Gegenstände dem ersuchten Staat so bald wie möglich zurückgegeben werden.

Artikel 26 **Durchlieferung**

(1) Die Durchlieferung einer Person, die von einem dritten Staat durch das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ausgeliefert werden soll, wird auf Ersuchen bewilligt, sofern die Straftat nach Artikel 2 auslieferungsfähig ist und die um Durchlieferung ersuchte Vertragspartei die Straftat nicht als eine von Artikel 4 oder 5 erfaßte betrachtet.

(2) Die Durchlieferung eines Staatsangehörigen des ersuchten Staates kann verweigert werden, wenn sie nach Auffassung dieses Staates nach seinem Recht unzulässig ist.

(3) Vorbehaltlich des Absatzes 4 müssen dem Durchlieferungersuchen ein von einem Richter oder einem zuständigen Beamten des ersuchenden Staates ausgestellter Haftbefehl und eine Sachverhaltsdarstellung gemäß Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe b beigefügt sein.

(4) Wird der Luftweg benutzt, so finden folgende Bestimmungen Anwendung:

- a) Ist keine Zwischenlandung vorgesehen, so hat die um Durchlieferung ersuchende Vertragspartei die andere Vertragspartei hiervon zu verständigen, zu bestätigen, daß eine der in Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe a oder Absatz 4 Buchstabe a oder b genannten Unterlagen vorhanden ist, und mitzuteilen, ob die Person, deren Durchlieferung angezeigt worden ist, ein Staatsangehöriger der Vertragspartei ist, deren Hoheitsgebiet überflogen werden soll. Im Fall einer unvorhergesehenen Landung hat diese Mitteilung die Wirkung eines Ersuchens um vorläufige Inhaftnahme im Sinne des Artikels 16; danach muß ein förmliches Durchlieferungersuchen gestellt werden.
- b) Ist eine Zwischenlandung vorgesehen, so hat die ersuchende Vertragspartei ein förmliches Durchlieferungersuchen zu stellen.

Artikel 27 **Anzuwendendes Recht**

Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, findet auf das Verfahren der vorläufigen Auslieferung, der Auslieferung und der Durchlieferung das Recht des ersuchten Staates Anwendung.

Artikel 28 **Anzuwendende Sprache**

Die in Anwendung dieses Vertrags übermittelten Schriftstücke müssen in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt und mit beglaubigten Übersetzungen in die Sprache des ersuchten Staates versehen sein. Die Übersetzungskosten trägt der ersuchende Staat.

dered if extradition of the person sought is granted. Surrender of such articles shall be possible even without any special request and, if possible, at the same time that the person sought is surrendered.

(2) Subject to the conditions provided in paragraph (1), the articles mentioned therein shall be surrendered even if the person sought cannot be surrendered owing to his death or escape.

(3) The Requested State may condition the surrender of articles upon a satisfactory assurance from the Requesting State that the articles will be returned to the Requested State as soon as possible.

Article 26 **Transit**

(1) Transit of a person who is the subject of extradition from a third State through the territory of a Contracting Party to the territory of the other Contracting Party shall be granted on submission of a request, provided that the offense concerned is an extraditable offense under Article 2 and that the Contracting Party requested to grant transit does not consider the offense to be one covered by Articles 4 or 5.

(2) Transit of a national of the Requested State may be refused if, in the opinion of that State, it is inadmissible under its law.

(3) Subject to the provisions of paragraph (4), the request for transit must be accompanied by a warrant of arrest issued by a judge or competent officer of the Requesting State and by a statement as mentioned in Article 14 (3) b).

(4) If air transport is used, the following provisions shall apply:

- a) When no intermediate stop is foreseen, the Contracting Party requesting transit shall notify the other Contracting Party, certify that one of the documents mentioned in Article 14, paragraph (3) a) or paragraph (4) a) or b) exists, and state whether the person whose transit is being notified is a national of the Contracting Party over the territory of which the flight is to be made. In the case of an unscheduled landing such notification shall have the effect of a request for provisional arrest as provided for in Article 16; thereafter a formal request for transit shall be made.
- b) When an intermediate stop is planned, the Contracting Party requesting transit shall submit a formal request for transit.

Article 27 **Applicable Law**

Except where this Treaty otherwise provides, the law of the Requested State shall be applicable with respect to provisional arrest, extradition and transit.

Article 28 **Language to be Used**

The documents transmitted in the application of this Treaty shall be in the language of the Requesting State accompanied by a certified translation into the language of the Requested State. The expense of translation shall be borne by the Requesting State.

Artikel 29
Beglaubigung

Ein Haftbefehl sowie eine Niederschrift von Zeugenaussagen oder andere Beweismittel, die beieidet oder im Sinne des Artikels 14 Absatz 5 beigebracht worden sind, und ein verurteilendes Erkenntnis, das den Schuldspruch und gegebenenfalls den Strafausspruch enthält, oder beglaubigte Abschriften dieser Unterlagen werden bei der Prüfung des Ersuchens um Auslieferung zu Beweis-zwecken zugelassen,

- a) wenn sie bei einem Ersuchen, das von der Bundesrepublik Deutschland ausgeht, von einem Richter oder einem zuständigen Beamten unterschrieben, mit dem Amtssiegel des Bundesministers der Justiz bestätigt und von dem zuständigen Diplomaten oder Konsularbeamten der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik Deutschland beglaubigt sind oder
- b) wenn sie bei einem Ersuchen, das von den Vereinigten Staaten ausgeht, von einem Richter oder einem zuständigen Beamten unterschrieben, mit dem Amtssiegel des Außenministeriums bestätigt und von dem zuständigen Diplomaten oder Konsularbeamten der Bundesrepublik Deutschland in den Vereinigten Staaten beglaubigt sind.

Artikel 30
Kosten

Kosten, die durch die Beförderung eines Verfolgten in den ersuchenden Staat entstehen, werden von diesem Staat getragen. Andere Kosten, die ein Auslieferungs- oder ein Durchlieferungsersuchen verursacht, werden vom ersuchten Staat gegen den ersuchenden Staat nicht geltend gemacht. Die zuständigen Justizbeamten des Staates, in dem das Auslieferungsverfahren stattfindet, unterstützen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten den ersuchenden Staat in jeder Weise vor den zuständigen Richtern und Beamten.

Artikel 31
Anwendungsbereich

Dieser Vertrag findet auf die vor und nach seinem Inkrafttreten begangenen und von Artikel 2 erfaßten Straftaten Anwendung. Die Auslieferung wird jedoch nicht wegen einer Straftat bewilligt, die vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags begangen worden ist und zur Zeit ihrer Begehung nach dem Recht beider Vertragsparteien nicht mit Strafe bedroht war.

Artikel 32
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Vertrags bedeutet der Ausdruck

- a) „Strafe“ eine Freiheitsentziehung als Folge eines verurteilenden Erkenntnisses wegen einer Straftat;
- b) „Maßregel der Besserung und Sicherung“ jede die Freiheit entziehende Maßregel, die durch ein Strafgericht neben oder anstelle einer Strafe angeordnet worden ist.

Artikel 33
Berlin-Klausel

(1) Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenteilige Erklärung abgibt.

(2) Bei der Anwendung dieses Vertrags auf das Land Berlin gelten Bezugnahmen auf die Bundesrepublik

Article 29
Certification

A warrant of arrest and depositions or other evidence, given on oath or in a manner described in Article 14 (5), and the judgment of conviction and of the sentence, if it has been passed, or certified copies of these documents, shall be admitted in evidence in the examination of the request for extradition when:

- a) In the case of a request emanating from the Federal Republic of Germany, they are signed by a judge or competent officer, are authenticated by the official seal of the Federal Minister of Justice and are certified by the competent diplomatic or consular officer of the United States in the Federal Republic of Germany, or
- b) In the case of a request emanating from the United States, they are signed by a judge or competent officer, are authenticated by the official seal of the Department of State and are certified by the competent diplomatic or consular officer of the Federal Republic of Germany in the United States.

Article 30
Expenses

Expenses arising from the transportation of a person sought to the Requesting State shall be borne by that State. No other pecuniary claim arising from an extradition or a transit request shall be made by the Requested State against the Requesting State. The appropriate legal officers of the State in which the extradition proceedings take place shall, by all legal means within their power, assist the Requesting State before the competent judges and officers.

Article 31
Scope of Application

This Treaty shall apply to offenses encompassed by Article 2 committed before as well as after the date this Treaty enters into force. Extradition shall not be granted, however, for an offense committed before this Treaty enters into force which was not an offense under the laws of both Contracting Parties at the time of its commission.

Article 32
Definitions

For the purpose of this Treaty, the term

- a) "Penalty" means deprivation of liberty as a result of a sentence upon conviction for an offense;
- b) "Detention order" means any order involving deprivation of liberty which has been made by a criminal court in addition to or instead of a penalty.

Article 33
Berlin Clause

(1) This Treaty shall also apply to Land Berlin provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of the United States of America within three months of the date of entry into force of this Treaty.

(2) Upon the application of this Treaty to Land Berlin, references in the Treaty to the Federal Republic of

Deutschland oder deren Hoheitsgebiet auch als Bezugnahmen auf das Land Berlin.

Germany or to the territory thereof shall be deemed also to be references to Land Berlin.

Artikel 34

Ratifikation; Inkrafttreten; Kündigung

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Washington D. C. ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt 30 Tage nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Zwischen den Vertragsparteien beendet und ersetzt dieser Vertrag den zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland am 12. Juli 1930 in Berlin unterzeichneten Auslieferungsvertrag.

(4) Dieser Vertrag bleibt bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Tag wirksam, an dem er von einer der Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird.

Article 34

Ratification; Coming Into Force; Denunciation

(1) This Treaty shall be subject to ratification; the instruments of ratification shall be exchanged in Washington, D. C., as soon as possible.

(2) This Treaty shall enter into force 30 days after the exchange of the instruments of ratification.

(3) Between the Contracting Parties this Treaty shall terminate and replace the Extradition Treaty between the United States of America and Germany signed at Berlin July 12, 1930.

(4) This Treaty shall continue in force until the expiration of one year from the date on which written notice of termination is given by one Contracting Party to the other.

Geschehen zu Bonn am 20. Juni 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Done at Bonn this 20th day of June, 1978, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Günther van Well
Günther Erkel

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America

Walter Stoessel

Anhang

Appendix

- | | |
|--|--|
| 1. Mord | 1. Murder. |
| 2. Vorsätzliche Tötung, auch unter mildernden Umständen, fahrlässige Tötung | 2. Manslaughter. |
| 3. Körperverletzung, auch mit Todesfolge | 3. Aggravated wounding, injury, or assault, even when loss of life results; wounding or injuring with intent to cause grievous bodily harm. |
| 4. Ungesetzliche Abtreibung | 4. Illegal abortion. |
| 5. Menschenraub, Verschleppung, Entführung, Freiheitsberaubung, Kindesraub | 5. Kidnapping; abduction; false imprisonment; child-stealing. |
| 6. Notzucht, Vornahme unzüchtiger Handlungen unter Anwendung von Gewalt oder Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben, Mißbrauch einer willenslosen oder bewußtlosen oder geisteskranken Frau zum Beischlaf, Blutschande, Doppelehe | 6. Rape, indecent assault; incest; bigamy. |
| 7. Unzüchtige Handlungen mit Minderjährigen unter einem sowohl nach dem Recht des ersuchenden wie des ersuchten Staates bezeichneten Alter | 7. Unlawful sexual acts with or upon children under the age specified by the laws both of the Requesting and Requested States. |
| 8. Kuppelei, Zuhälterei | 8. Procuration. |
| 9. Schriftliche oder mit einem Ton- oder Bildträger, einer Abbildung oder Darstellung begangene Verleumdung oder üble Nachrede | 9. Libel. |
| 10. Verletzung der Unterhaltspflicht, Aussetzung oder Verlassen minderjähriger oder abhängiger (hilfloser) Personen, denen gegenüber für den Täter eine Rechtspflicht besteht, wenn dadurch das Leben der minderjährigen oder abhängigen (hilflosen) Personen gefährdet ist oder gefährdet wäre | 10. Willful non-support or willful abandonment of a minor or other dependent person when by reason of such non-support or abandonment the life of that minor or other dependent person is or is likely to be endangered. |
| 11. Raub, einfacher und schwerer Diebstahl, Unterschlagung, Erpressung | 11. Robbery; larceny; burglary; embezzlement; extortion. |
| 12. Sachbeschädigung | 12. Malicious damage to property. |
| 13. Betrug, einschließlich Straftaten gegen das Recht betreffend die verbotene Erlangung von Geld, Gegenständen oder Sicherheiten, die Untreue oder die Ausbeutung Minderjähriger | 13. Fraud, including offenses against the laws relating to the unlawful obtaining of money, property or securities, to fiduciary relationships or to exploitation of minors. |
| 14. Straftaten gegen das Recht betreffend Fälschungen, einschließlich der Herstellung gefälschter öffentlicher oder privater Urkunden, die Weitergabe oder das betrügerische Gebrauchen solcher Urkunden | 14. Offenses against the laws relating to forgery, including the making of forged documents or records, whether official or private, or the uttering or fraudulent use of such documents or records. |
| 15. Entgegennahme, Besitz oder Beförderung von Geld, Wertpapieren oder anderen Vermögensgegenständen um des eigenen Vorteils willen und in der Kenntnis, daß diese rechtswidrig erlangt worden sind (einschließlich Hehlerei und Begünstigung im Zusammenhang mit einer Straftat in diesem Anhang) | 15. Receiving, possessing, or transporting for personal benefit any money, valuable securities, or other property, knowing the same to have been unlawfully obtained. |
| 16. Straftaten in bezug auf die Falschmünzerei | 16. Offenses relating to counterfeiting. |
| 17. Meineid, falsche schriftliche oder mündliche, eidliche oder uneidliche Aussagen gegenüber einer Justizbehörde oder einer zur Abnahme von beiden befugten Stelle | 17. Perjury, including subornation of perjury; false statements, either written or oral, whether or not under oath, made to a judicial authority or to a government agency or office. |
| 18. Brandstiftung | 18. Arson. |
| 19. Rechtswidrige Behinderung eines Gerichtsverfahrens oder eines Verfahrens vor öffentlichen Dienststellen oder Störung der Untersuchung einer Zuwiderhandlung gegen das Strafgesetz durch Beeinflussung, Bestechung, Behinderung, Bedrohung oder Verletzung eines Gerichtsbeamten, Geschworenen, Zeugen oder ordnungsgemäß bevollmächtigten Untersuchungsführers durch jedwedes Mittel | 19. Unlawful obstruction of juridical proceedings or proceedings before governmental bodies or interference with an investigation of a violation of a criminal statute, by influencing, bribing, impeding, threatening, or injuring by any means any officer of the court, juror, witness, or duly authorized criminal investigator. |

- | | |
|---|--|
| <p>20. a) Rechtswidriger Gebrauch von Amtsgewalt, die zu Körperverletzung oder Verlust des Lebens, der Freiheit oder des Vermögens einer Person führt</p> <p>b) Rechtswidrige Gewaltanwendung oder Drohung mit Gewalt im Zusammenhang mit oder Behinderung an einer Wahl oder Kandidatur für ein öffentliches Amt, dem Dienst als ehrenamtlicher Richter, der Beschäftigung im öffentlichen Dienst oder dem Empfang oder Genuß von Vorteilen, die öffentliche Dienststellen gewähren</p> <p>21. Befreiung oder Entweichenlassen von Häftlingen, Gefangenemeuterei</p> <p>22. Straftaten in bezug auf das Recht gegen Bestechung</p> <p>23. Landfriedensbruch</p> <p>24. Zuwiderhandlungen nach den Strafvorschriften gegen den unerlaubten Betrieb von Glücksspielen</p> <p>25. Jede vorsätzliche Gefährdung der Sicherheit von Personen, die mit der Eisenbahn, einem Luft- oder Wasserfahrzeug oder einem sonstigen Beförderungsmittel reisen</p> <p>26. Seeräuberei entgegen Gesetz oder Völkerrecht; Meuterei oder Aufruhr an Bord gegen die Befehlsgewalt des Kapitäns oder Kommandanten eines Luft- oder Wasserfahrzeugs; Handlungen, die darauf abzielen, durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt ein Luft- oder Wasserfahrzeug in Besitz zu nehmen oder die Herrschaft darüber auszuüben</p> <p>27. a) Straftaten gegen das Recht betreffend die Ein-, Aus- oder Durchfuhr von Gütern, Gegenständen oder Waren</p> <p>b) Straftaten in bezug auf vorsätzliche Hinterziehung oder Verkürzung von Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben</p> <p>c) Straftaten gegen das Recht betreffend den internationalen Kapitalverkehr</p> <p>28. Zuwiderhandlungen nach den Strafvorschriften der Konkursordnung</p> <p>29. Straftaten gegen das Recht betreffend Suchtstoffe, Teile der Cannabis-Pflanze und Zubereitungen daraus, halluzinogene Stoffe, Kokain und seine Abkömmlinge und andere gefährliche Stoffe</p> <p>30. Straftaten gegen das Recht betreffend die unerlaubte Herstellung oder den Verkehr mit giftigen Chemikalien oder anderen der Gesundheit abträglichen Stoffen</p> <p>31. Straftaten gegen das Recht betreffend Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffe, Zündeinrichtungen oder Kernmaterialien</p> <p>32. Straftaten gegen das Recht betreffend den Verkauf, die Beförderung und den Kauf von Wertpapieren oder Waren</p> <p>33. Jede andere Straftat, derentwegen die Auslieferung nach dem Recht beider Vertragsparteien gewährt werden kann.</p> | <p>20. a) Unlawful abuse of official authority which results in bodily injury or deprivation of life, liberty or property of any person.</p> <p>b) Unlawful injury or intimidation in connection with, or interference with, voting or candidacy for public office, jury service, government employment, or the receipt or enjoyment of benefits provided by government agencies.</p> <p>21. Facilitating or permitting the escape of a person from custody; prison mutiny.</p> <p>22. Offenses against the laws relating to bribery.</p> <p>23. Offenses against the laws relating to civil disorders.</p> <p>24. Offenses against the laws relating to illegal gambling enterprises.</p> <p>25. Any act willfully jeopardizing the safety of any person traveling upon a railway or in any aircraft or vessel or other means of transportation.</p> <p>26. Piracy, by statute or by the law of nations; mutiny or revolt aboard an aircraft or vessel against the authority of the captain or commander of such aircraft or vessel; any seizure or exercise of control, by force or violence or threat of force or violence, of an aircraft or vessel.</p> <p>27. a) Offenses against the laws relating to importation, exportation or transit of goods, articles, or merchandise.</p> <p>b) Offenses relating to willful evasion of taxes and duties.</p> <p>c) Offenses against the laws relating to international transfers of funds.</p> <p>28. Offenses against the bankruptcy laws.</p> <p>29. Offenses against the laws relating to narcotic drugs, Cannabis sativa L., Hallucinogenic drugs, cocaine and its derivatives, and other dangerous drugs and chemicals.</p> <p>30. Offenses against the laws relating to the illicit manufacture of or traffic in poisonous chemicals or substances injurious to health.</p> <p>31. Offenses against the laws relating to firearms, ammunition, explosives, incendiary devices or nuclear materials.</p> <p>32. Offenses against the laws relating to the sale or transportation or purchase of securities or commodities.</p> <p>33. Any other act for which extradition may be granted in accordance with the laws of both Contracting Parties.</p> |
|---|--|

Protokoll**Protocol**

Anläßlich der heutigen Unterzeichnung des Auslieferungsvertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika haben die unterzeichneten Bevollmächtigten Einvernehmen darüber erzielt, daß Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b des Vertrags und Nummer 20 Buchstabe b des Anhangs dazu wie folgt auszulegen sind:

(1) Im Hinblick auf die Auslegung von Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe b stimmen die Vertragsparteien überein, daß diese Bestimmung zur Zeit des Vertragsabschlusses beispielsweise betrifft das Übereinkommen vom 16. Dezember 1970 zur Bekämpfung der widerrechtlichen Inbesitznahme von Luftfahrzeugen, das Übereinkommen vom 23. September 1971 zur Bekämpfung widerrechtlicher Handlungen gegen die Sicherheit der Zivilluftfahrt und das Übereinkommen vom 14. Dezember 1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten.

(2) Die Vertragsparteien legen Nummer 20 Buchstabe b des Anhangs zum Vertrag übereinstimmend so aus, daß die Begriffe „jury service“ und „ehrenamtliche Richter“ Personen betreffen, die in der Rechtspflege beider Vertragsparteien vergleichbare Funktionen ausüben (in den Vereinigten Staaten von Amerika: Mitglieder einer Jury; in der Bundesrepublik Deutschland: Mitglieder eines Gerichts, die nicht Berufsrichter sind).

Geschehen zu Bonn am 20. Juni 1978 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

At the time of signing this day of the Extradition Treaty between the Federal Republic of Germany and the United States of America the undersigned plenipotentiaries have agreed that Article 4 (3) (b) of the Treaty and Item No. 20 (b) of the Appendix thereto are to be interpreted as follows:

(1) With respect to the interpretation of Article 4 (3) (b) the Contracting Parties mutually agree that at the time of the conclusion of the treaty, this provision has reference, for example, to the Convention for the Suppression of Unlawful Seizure of Aircraft of December 16, 1970, the Convention for the Suppression of Unlawful Acts Against the Safety of Civil Aviation of September 23, 1971, and the Convention on the Prevention and Punishment of Crimes Against Internationally Protected Persons including Diplomatic Agents of December 14, 1973.

(2) The Contracting Parties mutually agree to interpret Item No. 20 (b) of the Appendix to the Treaty as meaning that the terms "jury service" and "ehrenamtlicher Richter" apply to persons who in the legal practice of both Contracting Parties have corresponding functions (in the United States of America: members of a jury; in the Federal Republic of Germany: members of a court who are not judges by profession).

Done at Bonn this 20th day of June, 1978, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Günther van Well
Günther Erkel

Für die Vereinigten Staaten von Amerika
For the United States of America
Walter Stoessel

**Verordnung
zu der deutsch-niederländischen Vereinbarung vom 11. Oktober 1979
über die Festsetzung eines Mindestbetrages für die Einziehung und Beitreibung
von Beiträgen der Sozialen Sicherheit**

Vom 7. Mai 1980

Auf Grund des Artikels 1 Nr. 4 und des Artikels 3 des Gesetzes vom 17. Mai 1974 über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen im Rahmen der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern, und der Verordnung (EWG) Nr. 574/72 des Rates vom 21. März 1972 über die Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 (BGBl. 1974 I S. 1177) wird, und zwar soweit sich die Verordnung auf Artikel 1 des vorgenannten Gesetzes stützt mit Zustimmung des Bundesrates, verordnet:

Artikel 1

Die in Brüssel am 11. Oktober 1979 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für soziale Angelegenheiten der Niederlande über die Festsetzung eines Mindestbetrages

für die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit wird hiermit in Kraft gesetzt. Die Vereinbarung wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit Artikel 6 des eingangs bezeichneten Gesetzes auch im Land Berlin.

Artikel 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die Vereinbarung in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem die Vereinbarung außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und des Außerkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 7. Mai 1980

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Ehrenberg

Vereinbarung
zwischen dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Minister für soziale Angelegenheiten der Niederlande
über die Festsetzung eines Mindestbetrages für die Einziehung
und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit

Akkoord
tussen de Bondsminister van Arbeid en Sociale Zaken
van de Bondsrepubliek Duitsland
en de Minister van Sociale Zaken van Nederland
ter vaststelling van een minimumbedrag voor de invordering
van premies voor de sociale zekerheid

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
der Bundesrepublik Deutschland

und

der Minister für soziale Angelegenheiten
der Niederlande –

De Bondsminister van Arbeid en Sociale Zaken
van de Bondsrepubliek Duitsland

en

de Minister van Sociale Zaken
van Nederland –

auf Grund des Artikels 92 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1408/71 des Rates vom 14. Juni 1971 zur Anwendung der Systeme der Sozialen Sicherheit auf Arbeitnehmer und deren Familien, die innerhalb der Gemeinschaft zu- und abwandern,

auf Grund des Artikels 8 Absatz 2 und des Artikels 9 des Vertrages vom 21. Januar 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit,

in dem Wunsch, die Anwendung des Vertrages vom 21. Januar 1969 zu vereinfachen –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die ersuchten Träger sind nicht verpflichtet, einer gemäß Artikel 4 Absatz 1 des Vertrages vom 21. Januar 1969 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich der Niederlande über die Einziehung und Beitreibung von Beiträgen der Sozialen Sicherheit von einem zuständigen Träger des anderen Vertragsstaates beantragten Amtshilfe zu entsprechen, wenn die Forderung, die eingezogen oder beigetrieben werden soll, den Betrag von 250,- DM bzw. 250,- hfl nicht übersteigt. In diesem Betrag sind etwaige Zuschläge und Geldstrafen nichtstrafrechtlicher Art sowie Zinsen und Kosten, die im Zusammenhang mit dem Beitragseinzug stehen, eingeschlossen.

Artikel 2

Im Anhang zu dem in Artikel 1 genannten Vertrag wird der letzte Halbsatz unter Abschnitt I „besteht keine Allgemeine Ortskrankenkasse, die entsprechende Landkrankenkasse“ gestrichen.

op grond van artikel 92, tweede lid, van Verordening (E.E.G.) nr. 1408/71 van de Raad van 14 juni 1971 betreffende de toepassing van de sociale zekerheidsregelingen op loontrekken- den en hun gezinnen die zich binnen de Gemeenschap ver- plaatsens,

op grond van artikel 8, tweede lid en artikel 9 van de Over- eenkomst van 21 januari 1969, tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake de invor- dering van premies voor de sociale zekerheid,

wensende de toepassing van de Overeenkomst van 21 ja- nuari 1969 te vereenvoudigen,

zijn het volgende overeengekomen:

Artikel 1

De aangezochte organen zijn niet verplicht aan een krach- tens artikel 4, eerste lid van de Overeenkomst van 21 januari 1969 tussen de Bondsrepubliek Duitsland en het Koninkrijk der Nederlanden inzake invordering van premies voor de so- ciale zekerheid ingediend verzoek om bijstand van een be- voegd orgaan van de andere Overeenkomstsluitende Partij te voldoen, indien de vordering de ingesteld dient te worden, een bedrag van Fl. 250,- onderscheidenlijk DM 250,- niet over- schrijdt. In dit bedrag zijn eventuele verhogingen en boeten van niet-strafrechtelijke aard begrepen, alsmede interest en kosten, welke in verband staan met de invordering.

Artikel 2

In de bijlage bij de in artikel 1 genoemde Overeenkomst wordt onder punt II de zinsnede «bij gebreke aan een algeme- ne plaatselijke ziekenkas, de desbetreffende Landsziekenkas (Landkrankenkasse)» geschrapt.

Artikel 3

Diese Vereinbarung gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Minister für soziale Angelegenheiten der Niederlande innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten der Vereinbarung eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 4

Diese Vereinbarung tritt einen Monat nach dem Tage in Kraft, an dem der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland dem Minister für soziale Angelegenheiten der Niederlande mitgeteilt hat, daß in der Bundesrepublik Deutschland die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Vereinbarung erfüllt sind.

Artikel 5

Diese Vereinbarung wird für die Dauer eines Jahres nach dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens geschlossen. Sie gilt als stillschweigend von Jahr zu Jahr verlängert, sofern sie nicht spätestens drei Monate vor Ablauf der Jahresfrist schriftlich gekündigt wird. Sie tritt spätestens außer Kraft, wenn der in Artikel 1 genannte Vertrag außer Kraft tritt.

Geschehen zu Brüssel am 11. Oktober 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und niederländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artikel 3

Dit Akkoord geldt ook voor het Land Berlijn, voor zover de Bondsminister van Arbeid en Sociale Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland niet binnen drie maanden na de inwerkingtreding daarvan tegenover de Minister van Sociale Zaken van Nederland een verklaring aflegt, waaruit het tegendeel blijkt.

Artikel 4

Dit Akkoord treedt in werking een maand na de dag waarop de Bondsminister van Arbeid en Sociale Zaken van de Bondsrepubliek Duitsland aan de Minister van Sociale Zaken van Nederland heeft medegedeeld, dat in de Bondsrepubliek Duitsland aan de nationale voorwaarden voor inwerkingtreding van het Akkoord is voldaan.

Artikel 5

Dit Akkoord wordt gesloten voor de tijd van een jaar na het tijdstip van zijn inwerkingtreding. Het wordt geacht stilzwijgend van jaar tot jaar te zijn verlengd, voor zover het niet uiterlijk drie maanden vóór het verstrijken van de lopende termijn schriftelijk wordt opgezegd. Het treedt uiterlijk buiten werking, wanneer de in artikel 1 genoemde Overeenkomst buiten werking treedt.

Gedaan te Brussel de 11 oktober 1979 in twee exemplaren, elk in de Duitse en in de Nederlandse taal, zijnde beide teksten gelijkelijk authentiek.

Für den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Voor de Bondsminister van Arbeid en Sociale Zaken
Dr. Haase

Für den Minister für soziale Angelegenheiten
Voor de Minister van Sociale Zaken
Dirken

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Internationalen Kakao-Übereinkommens von 1975**

Vom 17. April 1980

Das Internationale Kakao-Übereinkommen von 1975 (BGBl. 1977 II S. 1301) ist nach seinem Artikel 71 Abs. 4 für

St. Vincent am 8. Februar 1980
und die Grenadinen

endgültig in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 12. November 1979 (BGBl. II S. 1214).

Bonn, den 17. April 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten
freilebender Tiere und Pflanzen**

Vom 21. April 1980

I.

Das Übereinkommen vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen (BGBl. 1975 II S. 773) ist nach seinem Artikel XXII Abs. 2 für

Israel am 17. März 1980

in Kraft getreten.

II.

Dänemark, für das das Übereinkommen am 24. Oktober 1977 in Kraft getreten ist (BGBl. 1977 II S. 1245), hat mit Note vom 27. Dezember 1979 notifiziert, daß es mit Wirkung vom 1. Januar 1980 den Vorbehalt betreffend die Änderungen der Anhänge I und II des Washingtoner Abkommens (BGBl. 1979 II S. 995) zurückzieht.

Die Anhänge I, II und III in der zuletzt geänderten Fassung sind im Bundesgesetzblatt 1979 II S. 710, 986 und 1080 veröffentlicht worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 6. Februar 1980 (BGBl. II S. 198).

Bonn, den 21. April 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft
zum Schutz des gewerblichen Eigentums**

Vom 22. April 1980

Die Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen Fassung (BGBl. 1970 II S. 293, 391) wird nach ihrem Artikel 21 Abs. 3 für

Korea (Demokratische
Volksrepublik)

am 10. Juni 1980

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 17. März 1980 (BGBl. II S. 577).

Bonn, den 22. April 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Verordnung und der Vereinbarung
über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung
am Grenzübergang Waldfeucht/Echterbosch**

Vom 23. April 1980

Auf Grund des § 3 Abs. 3 der Verordnung vom 19. November 1979 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Waldfeucht/Echterbosch (BGBl. 1979 II S. 1201) wird hiermit bekanntgemacht, daß die Verordnung nach ihrem § 3 Abs. 1

am 1. April 1980

in Kraft getreten ist.

Am gleichen Tag ist auf Grund des Notenwechsels vom 28. März 1980 die Vereinbarung vom 13. September/5. Oktober 1979 über die Zusammenlegung der deutschen und der niederländischen Grenzabfertigung am Grenzübergang Waldfeucht/Echterbosch (BGBl. 1979 II S. 1202) in Kraft getreten.

Bonn, den 23. April 1980

Der Bundesminister der Finanzen
In Vertretung
Obert

Der Bundesminister des Innern
In Vertretung
Fröhlich

**Bekanntmachung
zur Charta der Vereinten Nationen
Vom 2. Mai 1980**

Togo hat mit Erklärung vom 24. Oktober 1979, die dem Generalsekretär der Vereinten Nationen am 25. Oktober 1979 zugegangen ist, die Zuständigkeit des Internationalen Gerichtshofs nach Artikel 36 Abs. 2 des Statuts des Internationalen Gerichtshofs, das Bestandteil der Charta der Vereinten Nationen vom 26. Juni 1945 (BGBl. 1973 II S. 430, 505) ist, unter der Bedingung der Gegenseitigkeit mit Wirkung vom 25. Oktober 1979 anerkannt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 15. November 1979 (BGBl. II S. 1282).

Bonn, den 2. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Londoner Abkommens
betreffend Reiseausweise an Flüchtlinge
Vom 2. Mai 1980**

Das in London am 15. Oktober 1946 abgeschlossene Abkommen betreffend die Ausstellung eines Reiseausweises an Flüchtlinge, die unter die Zuständigkeit des zwischenstaatlichen Ausschusses für die Flüchtlinge fallen (BGBl. 1951 II S. 160), ist weiterhin im Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland – mit Wirkung vom 19. Juni 1951 – zu folgenden Staaten als noch in Kraft befindlich zu betrachten:

Indien
Pakistan
Südafrika
Venezuela

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 11. November 1952 (BGBl. II S. 978).

Bonn, den 2. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Internationalen Übereinkommens
zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl, 1954**

Vom 2. Mai 1980

Das Internationale Übereinkommen vom 12. Mai 1954 zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl (BGBl. 1956 II S. 379; 1964 II S. 749; 1978 II S. 1493) ist nach seinem Artikel XV Abs. 2 Buchstabe a Satz 2 für

Jemen (Arabische Republik) am 6. Juni 1979
Katar am 1. Mai 1980

in Kraft getreten; es wird für

Papua-Neuguinea am 12. Juni 1980

in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. August 1979 (BGBl. II S. 1019).

Bonn, den 2. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum**

Vom 2. Mai 1980

Das Übereinkommen vom 14. Juli 1967 zur Errichtung der Weltorganisation für geistiges Eigentum (BGBl. 1970 II S. 293, 295) wird nach seinem Artikel 15 Abs. 2 für die

Volksrepublik China am 3. Juni 1980
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. März 1980 (BGBl. II S. 577).

Bonn, den 2. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Fleischhauer

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Bonn.

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 48.– DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,20 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1978 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postcheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 3.– DM (2,40 DM zuzüglich – 60 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,50 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 6,5 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 AX · Gebühr bezahlt

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen

Vom 5. Mai 1980

I.

Das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957) ist nach seinem Artikel 51 Abs. 2, das Fakultativ-Protokoll vom 18. April 1961 über den Erwerb der Staatsangehörigkeit zu dem Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957, 1006) nach seinem Artikel VI Abs. 2 für

Birma

am 6. April 1980

in Kraft getreten.

II.

Ägypten hat am 18. Januar 1980 dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß es seinen – seinerzeit als Vereinigte Arabische Republik – bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde am 9. Juni 1964 eingelegten Vorbehalt in bezug auf Israel mit Wirkung vom 25. Januar 1980 zurücknimmt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 13. Februar 1965 (BGBl. II S. 147) und vom 18. September 1979 (BGBl. II S. 1064).

Bonn, den 5. Mai 1980

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Verbeek